



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die langfristige finanzielle Förderung der bayerischen Kur- und Heilbäder sicherzustellen und
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bedeutung der Kur- und Heilbäder beim Entwurf eines Präventionsgesetzes als Anbieter von präventiven Gesundheitsleistungen besser berücksichtigt wird.

Begründung:

Gesundheitsförderung und Prävention sind wichtige Aspekte einer modernen Gesundheitsversorgung und einer bürgernahen Gesundheitspolitik. Die bayerischen Kur- und Heilbäder stellen eine bewährte Struktur für regionale, wissenschaftlich anerkannte Heilmittel und effektive Kurangebote dar. Dass jede vierte touristische Übernachtung in einem Heilbad oder Kurort stattfindet, zeigt, dass den Menschen ihre Gesundheit wichtig ist. Die Streichorgien im Präventionsbereich in der Vergangenheit haben auch der bayerischen Gesundheitswirtschaft und dem Präventionsgedanken massiv geschadet.

Die finanzielle Situation der Kur- und Heilbäder ist zunehmend kritisch. Die von den Krankenkassen genehmigten und finanzierten ambulanten Vorsorgeleistungen sind stark rückläufig, der Wettbewerb mit dem europäischen Ausland nimmt zu. Vor diesem Hintergrund ist die Finanzierung der bayerischen Kur- und Heilbäder langfristig sicherzustellen. Kurzfristige und zeitlich befristete Förderungen wie das „Förderprogramm für Maßnahmen zur Steigerung der medizinischen Qualität in den bayerischen Kurorten und Heilbädern“, das Ende 2014 ausläuft, sind nicht ausreichend, denn sie lassen nicht einmal eine mittelfristige Planung zu.